



Norwegen: Südsami von Windfarm-Projekt bedroht

## «Für die grossen Konzerne sind wir nur kleine Leute»

**Im Südwesten Norwegens soll auf der Fosen-Halbinsel eine riesige Windfarm-Anlage entstehen. Storheia ist als eines der betroffenen Gebiete jedoch für die lokalen Südsami von grosser Bedeutung. Die Rentierzucht ist ein zentrales Element der Kultur der Indigenen Skandinaviens. Diese gerät immer wieder durch Wirtschaftsprojekte in Bedrängnis. Massgeblich am Projekt beteiligt sind die Schweizer Grossbank Credit Suisse und der Energiekonzern BKW.**

Strassen, wo keine sein sollten: Sie sind wie giftige Schlangen für den Rentierzüchter Arvid Jåma, die Routen, welche die ehemals wilde Landschaft der Region Storheia zerschneiden. Sie sind die ersten Boten der geplanten Anlage, die dem 69-Jährigen und sei-

ner Familie seit fünf Jahren schlaflose Nächte bereitet. An diesem Ort sollen auf einer Fläche von knapp 3800 Hektaren bald 80 Windturbinen Strom produzieren. Dass die Lage dafür vielversprechend ist, ist leicht vorstellbar. Eisiger Wind zischt unangenehm um die Ohren. Was ein Aussenstehender nicht auf Anhieb erkennt: Die unwirtliche Fläche ist wertvolles Weideland. Das Gebiet stellt rund 44 Prozent des Winter-Weidelandes für die indigenen Rentierzüchter der Südsami in der Region. Dieses könnte aufgrund des Windprojekts jedoch bald der Vergangenheit angehören – mit einschneidenden Auswirkungen auf die lokale indigene Gemeinschaft.

### **Rentierzucht ist gelebte Kultur**

Bereits hat die Baustelle Schäden verursacht. Jede



**GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER**

Sprengung zerreisst den Boden. Im frostigen Klima wird die Vegetation Jahrzehnte brauchen, um sich zu erholen. Wie der Ackerbau arbeitet die Rentierzucht mit Brachen – nicht jede Fläche wird jedes Jahr besucht, damit sich das Land ausreichend regenerieren kann. «Die Rentierzucht muss man leben, um sie verstehen zu können», weiss Arvid Jåma. Obwohl sich seine Rentiere auf weiten Flächen mit grosszügigen Wäldern frei bewegen und selbständig umherziehen, weiss er immer ungefähr, wo sie sich aufhalten: «Ihr Verhalten richtet sich nach der Witterung und ich kenne ihr Bewegungsmuster», so der pensionierte Züchter. Obwohl die Sami heute auch mit GPS-Geräten arbeiten, bestimmt die Rentierzucht einen Lebensrhythmus, der sich nach den wilden Tieren und somit nach der Natur richtet.

### Jahrzehnte der Unterdrückung gehen subtil weiter

«Die Anlage bedroht die Rentierzucht und damit unsere Kultur», erklärt Arvid Jåma. Denn die Rentierzucht ist das Herzstück der Tradition der Sami, die bis in die 1960er-Jahre Opfer massiver staatlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung wurde. Obwohl Arvid eine Sami-Schule besuchte, spricht er die indigene Sprache kaum. Lange Zeit wurde Kindern das Sprechen von Sami in Schulen verboten. Heute sind die Sami in Norwegen zwar als indigenes Volk anerkannt und 1990 wurde die ILO-Konvention zu den Rechten von Indigenen ratifiziert. Dennoch gelingt es Verantwortlichen von Wirtschaftsprojekten immer wieder, sich über die Indigenenrechte hinwegzusetzen, ohne belangt zu werden. Das zeigt auch der Präzedenzfall Storheia. Die indigene Kultur gerät besonders in Bedrängnis, indem traditionell genutzte Landgebiete Stück für Stück frag-

mentiert werden. Zwar gab es beim Projekt in Fosen Konsultationen mit den Sami. Die Betroffenen hatten jedoch keine Entscheidungsgewalt. «Wir konnten sprechen, aber wir wurden nicht gehört. Für die grossen Konzerne sind wir nur kleine Leute», stellt Arvid Jåma traurig fest.

### Schweizer Grossbank und Energiekonzern dabei

«Es wird häufig mit lokalen Arbeitsplätzen argumentiert – doch die Projekte schaffen kaum Arbeitsplätze in der Region, sondern weit weg in Oslo oder gar im Ausland», gibt Arvid Jåma zu bedenken. In diesem Fall sitzen die Verantwortlichen für das Projekt auch in der Schweiz: Neben dem staatlichen norwegischen Energiekonzern Statkraft hält ein Investorenkonsortium, gegründet von Credit Suisse Infrastructure Partners, 40 Prozent an der Firma, die auf Storheia bauen will. Es handelt sich damit nach Standing Rock (USA) um einen weiteren Fall, bei dem die Grossbank in ein Projekt investiert, das Indigenenrechte verletzt. Mitbeteiligt ist auch der Schweizer Energiekonzern BKW, der mit der Nachhaltigkeit des Investitionsprojekts wirbt, ohne die Auswirkungen auf die indigene Bevölkerung zu erwähnen. Die lokale Südsami-Gemeinschaft fordert von den Schweizer Konzernen, ihre Investitionen zurückzuziehen und das Projekt zu stoppen. Die GfbV unterstützt mit ihrer Kampagne die betroffenen Sami und verlangt von den Schweizer Unternehmen, sich bei sämtlichen Projekten abzusichern, dass die Rechte der betroffenen indigenen Gemeinschaft gewahrt und ihr Einverständnis im Sinne des "Free, Prior and Informed Consent" (FPIC) eingeholt wurde.

Text: **Maja Gobeli** GfbV-Praktikantin Kommunikation

FOTO: GFBV



Rentierzucht in der norwegischen Region Storheia: Wenn sie verschwindet, stirbt auch die Kultur der Südsami.



## «Ich würde sterben, wenn ich meine Rentiere aufgeben müsste»

**Leif Arne Jåma (52) gehört zum Volk der Südsami in Norwegen. Er lebt von der traditionellen Rentierzucht, wie seine Familie seit Generationen. Seine Lebensgrundlage ist vom Projekt einer Windanlage auf Storheia akut bedroht. Ein Verlust des Weidelandes würde ihn möglicherweise zur Aufgabe seines Berufes zwingen.**

### Was ist Dein Bezug zur Rentierzucht?

Ich bin in die Rentierzucht hineingeboren worden. Wenn ich nicht in der Schule war, verbrachte ich meine Zeit mit meinem Vater draussen. Mein Lebensrhythmus wird vom natürlichen Zyklus der Rentiere bestimmt.

### Wie erlebst Du den Kampf gegen die Windanlage?

Die aktuelle Situation, die Unsicherheit, ist ein fortwährender, 24-stündiger Albtraum. Die psychische Belastung ist hoch. Denn unser Kampf gegen die Anlage dauert nun schon fünf Jahre an. Obwohl noch gerichtliche Verfahren hängig sind, werden bereits Bauarbeiten vorgenommen. Wenn unser Anliegen zurückgewiesen wird, werden die letzten Sami der Region gezwungen, ihre Rentierzucht aufzugeben.

### Was würde es für dich bedeuten, wenn du deine Arbeit aufgeben müsstest?

Wenn ich meine Rentiere aufgeben müsste, würde ich krank werden. Sterben.

### Du hast zwei Kinder, Deine Nichte Maja ist Lehrerin für Südsami. Haben Deine Kinder vor, deine Rentierzucht zu übernehmen?

Ich hoffe es. Allerdings wage ich heute nicht mehr, sie dazu zu ermutigen, weil unsere Zukunft so ungewiss ist. Immer wieder werden kleine Teile unseres Landes für Projekte abgezwickelt, bis nichts mehr übrig ist. Wenn die Rentierzucht ausstirbt, werden meine Enkelkinder den Bezug zur Sami-Kultur wohl verlieren.

**Zur Kampagne «Turbines Need Sami Consent!»: [www.gfbv.ch/sami](http://www.gfbv.ch/sami)**

Text: Maja Gobeli GfbV-Praktikantin Kommunikation



## Editorial

In der Adventszeit sind sie wieder überall zu sehen, die Rentiere. Auch bei uns steht der Dezember im Zeichen des Rentiers – aber nicht im weihnächtlichen Sinn. «Die Windanlage bedroht die Rentierzucht und damit unsere Kultur», sagt Aroid Jåma. Der Rentierzüchter aus Norwegen gehört zum Volk der Südsami und wehrt sich gegen den Bau einer riesigen Windkraftanlage auf der Fosen-Halbinsel, weil diese auf ihrem wichtigsten Winterweidegebiet gebaut wird. Die Sami in der Region verlieren durch das Projekt rund 44 Prozent der Winterweiden. Finanziell beteiligt sind auch die Berner Kraftwerke BKW und die Schweizer Grossbank Credit Suisse. Die GfbV hat die Südsami im Oktober besucht und zu ihrer Unterstützung eine Kampagne gestartet. Von BKW und CS fordern wir, dass sie auch bei Investitionen in erneuerbare Energieprojekte prüfen, ob diese indigenen Völkern schaden. Mehr zur Kampagne lesen Sie ab Seite 1 in dieser VOICE-Ausgabe.

Wie unsere Kampagne «No Dirty Gold!» hinter den Kulissen wirkt, das zeigt der Artikel auf Seite 6. Denn die Kampagne dringt erst seit Herbst so richtig in die Öffentlichkeit – und trotzdem sind seit der Veröffentlichung unseres Berichts über dubioses Gold aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und Peru die entsprechenden Importe in die Schweiz deutlich zurückgegangen. Mit einem Marktanteil von 70 Prozent dominiert die Schweiz den weltweiten Goldhandel – doch die Aussenhandelsstatistik legt nur offen, wie viel Gold pro Land in die Schweiz gelangt. Wir sind überzeugt: Die Veröffentlichung der Namen aller Zulieferer und Empfänger würde dazu beitragen, den Goldplatz Schweiz sauberer zu machen. Diese Ansicht teilt zu unserer Befriedigung der Eidgenössische Datenschutzbeauftragte. Er empfiehlt der Oberzolldirektion, die Daten zum Gold öffentlich zu machen. Wir bleiben dran.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre und frohe Festtage!

*D. Schärer*

**Dominique Schärer** Verantwortliche Kommunikation, GfbV

### IMPRESSUM

VOICE 4, Dezember 2018 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, [info@gfbv.ch](mailto:info@gfbv.ch), [www.gfbv.ch](http://www.gfbv.ch)  
**Redaktion:** Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Angela Mattli, Christoph Wiedmer, Dominique Schärer, Maja Gobeli, Tabea Willi **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8500 Exemplare **Druck:** gdz AG, Zürich; gedruckt auf Plano Speed («FSC Mix») **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.–/Jahr **Titelbildfoto:** Maja Gobeli/GfbV

## Windprojekt in Norwegen

# «Turbines Need Sami Consent!»



### Das neue Wind-Projekt

Norwegen ist ein attraktives Land für die Produktion von Windenergie. Auf der Fosen-Halbinsel soll eine der grössten Windfarm-Anlagen Skandinaviens entstehen. Das Kernstück dieser Anlage soll auf dem Gebiet Storheia gebaut werden mit über 60 km Strassen und 80 Turbinen auf einer Fläche von 3'800 Hektaren. Der Betrieb wäre für 25 Jahre zugelassen. Erfolgt danach keine Verlängerung der Konzession, würde die Anlage wieder abgebaut. Es ist ein Gerichtsverfahren hängig über die Gültigkeit der Konzessionsvergabe. Zudem haben die Sami eine Beschwerde beim UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) eingereicht.



### Winterweiden

Die Rentiere bewegen sich frei auf sogenannten «Sijte», der Fläche des jeweiligen Züchters. Da sich die Bedingungen über das Jahr hinweg stark verändern, wandern die Tiere oder werden vom Züchter gezielt in bestimmte Gebiete getrieben. Von besonderer Bedeutung sind Winterweiden, wie Storheia eine ist. Diese müssen an Orten gelegen sein, die aufgrund des spezifischen Klimas nicht vereisen, sodass die Rentiere unter dem Schnee weiter nach Nahrung graben können. Diese Bedingungen finden sich beispielsweise in Küstennähe.



## Sami und Rentiere

Die Rentierzucht ist die traditionelle Lebensgrundlage des indigenen Volkes Skandinaviens. Die Sami zogen ursprünglich nomadisch durch das Gebiet, das sie Sapmi nennen und das sich über Norwegen, Schweden, Finnland und Teile Russlands erstreckt. Die Grenzziehung und Zwangsassimilierung zwang viele Sami zur Aufgabe dieser Lebensweise. Heute leben nur noch wenige Sami von der Rentierhaltung.

Diese ist dennoch für viele Angehörige der indigenen Gemeinschaft das Herz ihres kulturellen Erbes und wird vom norwegischen Staat anerkannt.



## Auswirkungen Projekt

Durch die Arbeiten an Strassen, Plattformen und Infrastruktur würde im Gebiet Storheia mehr als ein Drittel der Winterweidefläche beschädigt. Die damit verbundene Befahrung, Lärmbelastung und Fragmentierung des Gebiets würde die Rentiere langfristig vom Gelände fernhalten. Darüber hinaus kann aufgrund des Klimas die Regeneration der Vegetation Jahrzehnte dauern.

Der Verlust des Landes hätte zur Folge, dass die letzten Rentierzüchter ihren Rentierbestand massiv reduzieren müssten, um weiterhin genügend Nahrung bieten zu können. Ein tieferer Bestand sichert jedoch den Lebensunterhalt nicht mehr, weshalb betroffene Züchter ihren Beruf aufgeben müssten. Da nur noch wenige Sami die traditionelle Rentierzucht betreiben, droht durch die Auswirkungen des Projekts das Verschwinden einer Kultur.

## Dies tut die GfbV im Rahmen ihrer Kampagne:

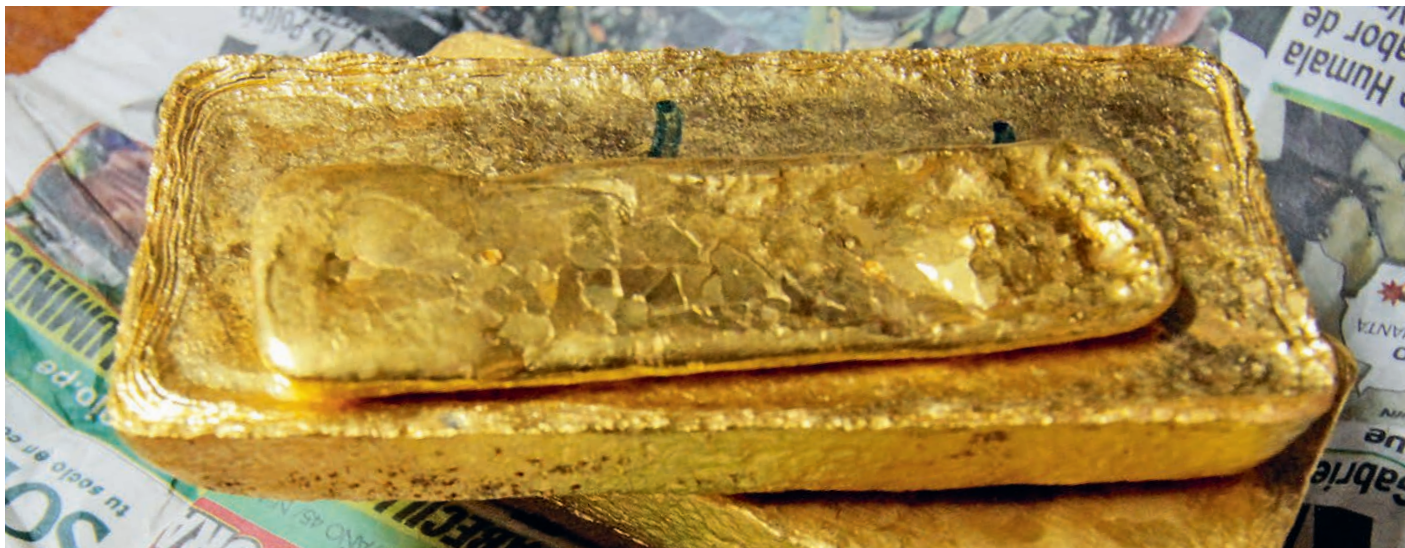
- **Reise in die Schweiz und Gespräche mit den involvierten Konzernen:** Die GfbV unterstützt die betroffenen Südsami in ihrem Kampf. Sie ermöglicht einer Delegation, in die Schweiz zu fahren, um mit den beiden Investorinnen Credit Suisse und BKW Gespräche zu führen.
- **Sensibilisierung der Öffentlichkeit:** Mit der Kampagne sensibilisieren wir die Öffentlichkeit sowohl in der Schweiz wie auch in Norwegen für die Anliegen der skandinavischen Indigenen und die Bedeutung von Konzernverantwortung. Über den Besuch der GfbV in der Region wurde in der norwegischen Lokalzeitung Fosen-Folket berichtet. Vielen Norwegerinnen und Norwegern ist die Situation der Sami im Land unbekannt.
- **Übergabe einer Weihnachtskarte:** Mit einer symbolischen Aktion vor dem Sitz der BKW in Bern fordert die GfbV zusammen mit den Südsami-Vertretern von Konzernen, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen und Indigenenrechte in ihren Projekte zu respektieren, auch wenn es sich um Investitionen in erneuerbare Energien handelt. Unsere Botschaft: Turbinen brauchen die Zustimmung der Sami!

## Forderungen an Statkraft und die Investoren von Nordic Wind Power DA (darunter CS und BKW)

- Die Südsami-Gemeinschaft und die GfbV fordern Statkraft dazu auf, das Projekt in Storheia zu stoppen und die betroffenen Sami-Gemeinschaften für die Beeinträchtigungen, die während der gegenwärtigen Bauphase entstanden sind, angemessen finanziell zu entschädigen.
- Die Südsami-Gemeinschaft und die GfbV fordern Nordic Wind Power DA dazu auf, ihre Investitionen aus dem Windpark-Projekt in Storheia zurückzuziehen, bis eine Lösung mit der betroffenen Gemeinschaft gefunden wird.
- Die Südsami-Gemeinschaften und die GfbV fordern Statkraft und Nordic Wind Power DA dazu auf, für künftige Projekte eine unabhängige Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung zu den Auswirkungen durchzuführen und zu veröffentlichen.
- Die GfbV verlangt von den beteiligten Akteuren, sich bei sämtlichen künftigen Investitionsprojekten dem «Free, Prior and Informed Consent» (FPIC) zu verpflichten und sicherzustellen, dass Indigenenrechte berücksichtigt werden. Dies gilt auch für Projekte mit erneuerbaren Energien.

## Goldkampagne: Massiver Einbruch der Importe aus Dubai

FOTO: DANIEL SCHWEIZER



Dass gewisse Goldimporte in die Schweiz nach Veröffentlichung des GfbV-Berichts sanken, zeigt eine Grafik auf [www.gfbv.ch/no-dirty-gold](http://www.gfbv.ch/no-dirty-gold).

**Seit der Veröffentlichung des GfbV-Berichts über dubioses Gold aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und Peru sind die entsprechenden Importe in die Schweiz deutlich zurückgegangen. Und es besteht Hoffnung auf Transparenz.**

Gemäss der Schweizer Aussenhandelsstatistik sind die Goldimporte aus den Vereinigten Arabischen Emiraten – und damit aus der bekannten Golddrehscheibe Dubai – im Verlaufe dieses Jahres eingebrochen. Waren die Emirate im Januar 2018 mit über 21 Tonnen Gold der grösste Goldlieferant der Schweiz, wurde im Juli dieses Jahres kein einziges Gramm aus diesem Land importiert. Was ist geschehen?

Im Januar schrieb die GfbV die Goldimporteure an, ob sie Gold aus den Vereinigten Arabischen Emiraten beziehen und wenn ja, von wem. Im Februar stellten wir der Oberzolldirektion ein Gesuch zur Einsicht in die detaillierte Goldimportstatistik, basierend auf dem Öffentlichkeitsprinzip. Im März publizierte die GfbV den Bericht «Drehscheibe Schweiz für risikobehaftetes Gold?». Dieser zeigt die zentrale Rolle der Schweiz beim Handel mit Gold aus Dubai auf und erklärt, warum Dubai als mutmassliche Drehscheibe für Gold aus Konfliktgebieten gilt.

Schweizer Goldraffinerien zeichnen sich durch absolute Geheimhaltung aus. Mit einem Marktanteil von rund 70 Prozent dominiert die Schweiz den Goldhandel. Ihre vier Grossraffinerien füllen ihre Schmelzen

mit Gold aus allen Regionen der Welt – auch aus schmutzigen Produktionsweisen. Geschützt durch die Aussenhandelsstatistik, die ab 1982 die Länderherkunft des Goldes komplett verschleierte, verarbeitete die Schweiz etwa Gold des damals grössten Goldproduzenten Südafrika, das wegen des Apartheidregimes boykottiert wurde. Seit 2014 veröffentlicht die Oberzolldirektion zwar wieder die Mengen Gold pro Herkunftsland. Doch woher das Gold genau stammt und wer die Zulieferer und die Empfänger sind, bleibt weiterhin ein Geheimnis.

### Dubioser Zulieferer aus Peru

Seit Jahren schon kritisiert die GfbV die Handelsbeziehungen der Raffinerie Metalor mit dubiosen Goldexporteuren aus Peru. Im neuen Bericht steht Metalors grösster Zulieferer in Peru, Minerales del Sur, im Zentrum der Kritik. So besitzt der Besitzer von Minerales del Sur Konzessionen im umstrittenen Regenwaldgebiet Madre de Dios. Die Firma exportiert zudem mehr Gold, als legal in ihrem Gebiet abgebaut wird. Metalor ging auf die Vorwürfe nicht ein und entgegnete, diese Firma sei bestens überprüft. Nach der Publikation unseres neuesten Berichts vom März drohte Metalor mit juristischen Massnahmen. Doch wenige Tage später konfiszierte die Zollbehörde in Peru fast 100 Kilo Gold von Minerales del Sur wegen Verdachts auf Geldwäsche aus illegaler Goldproduktion. Noch immer liess Metalor verlauten, dass sie ihre Einkaufspolitik in Peru nicht ändere. Ende Juli veröffentlichten sie eine Notiz auf der Homepage, dass sie

von Goldaufkäufern in Peru kein Gold mehr beziehen würden. Kurz danach berichteten peruanische Medien, dass sich die Untersuchungen zu Minerales del Sur in die Länge zögen, weil die legale Herkunft des Goldes nicht lückenlos bewiesen sei. Später schrieben sie von Einschüchterungen und juristischen Massnahmen gegen die Ermittler in Sachen Minerales del Sur. Die Ermittler lassen sich nicht einschüchtern, sie rücken Minerales del Sur in die Nähe einer kriminellen Firma.

Metalor hätte diesen Schlamassel vermeiden können, wenn sie von Anfang an eine seriöse Sorgfaltsprüfung durchgeführt und für Transparenz gesorgt hätte. Die GfbV stellt fest, dass Metalor wenigstens die schlimmsten Goldlieferanten als Kunden verbannt hat – hoffentlich für immer.

Die jüngste Entwicklung zeigt aus unserer Sicht: Transparenz hilft gegen den Import von dubiosen Gold. Darum freut uns die Empfehlung des Eidgenössischen Öffentlichkeitsbeauftragten, dass die Oberzolldirektion uns die gewünschten Informationen zum Goldhandel zustellen soll. Wir rufen die Oberzolldirektion auf, den Entschcheid zu respektieren. Die Goldraffinerien rufen wir auf, den Widerstand gegen Transparenz aufzugeben und ihren Goldbezug künftig zusätzlich einer seriösen Sorgfaltsprüfung zu unterstellen, wie es die Konzernverantwortungsinitiative verlangt.

Text: **Christoph Wiedmer** GfbV Co-Geschäftsleiter

## Digitale Sicherheit: Tibeterinnen und Tibeter machen sich fit

Die Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz fühlen sich seit dem Abschluss des Freihandelsabkommens mit China zunehmend überwacht. In einem Workshop lernten sie, wie man sich zumindest im Internet schützen kann.

«Vor unserer Generalversammlung oder vor Aktionen erhalten wir regelmässig seltsame Mails», erzählt Jigme Adotsang, Co-Präsident des Vereins Tibetische Jugend in Europa (VTJE). «Darin werden wir aufgefordert, auf einen Link zu klicken und unsere Daten einzugeben.» Phishing-Mails und Unbekannte, die an Demonstrationen und Aktionen fotografieren: Dies hat laut der tibetischen Gemeinschaft in der Schweiz massiv zugenommen. «Viele unserer jungen Tibeter fühlen sich von China überwacht – das macht Angst», so Jigme Adotsang.

Im Rahmen der Kampagne «Rechte der Tibeterinnen und Tibeter schützen – auch in der Schweiz!» bot die GfbV im Oktober einen Workshop an. Eine IT-Spezialistin, Mitglied der Cryptoparty-Bewegung, erklärte den Teilnehmenden im ersten Teil, wie im Internet systematisch Daten gesammelt werden – «Daten sind Öl des 21. Jahrhunderts» – was das revidierte Bundesgesetz betreffend Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) alles erlaubt und welche Kompetenzen der Geheimdienst mit dem Nachrichtendienstgesetz hat. Im zweiten Teil lernten die Teilnehmenden konkret, wie sie Mailverkehr und Geräte verschlüsseln können, wie man ohne Spuren zu hinterlassen surft, und welche Alternativen es zu Facebook und Google gibt.



FOTO: GFBV

Im Workshop lernten die Teilnehmenden, wie man verschlüsselt E-Mails verschickt.

«Der Kurs hat gut aufgezeigt, wie man sich im Internet mit einfachen Massnahmen besser schützen kann», sagt Jigme Adotsang. «Dies ist enorm wichtig für unsere Mitglieder und freiwilligen Aktivisten, damit sie sich sicherer fühlen.»

In der Story auf unserer Webseite erzählt der tibetische Aktivist Jigme Adotsang mehr über die chinesische Überwachung:

[www.gfbv.ch/de/stories/jigme-adotsang/](http://www.gfbv.ch/de/stories/jigme-adotsang/)

Text: **Dominique Schärer** GfbV-Verantwortliche Kommunikation

## NEWS

**Prävention statt Konflikte – Vermittlung zwischen Fahrenden und Sesshaften trägt Früchte**

**Das Projekt zur Vermittlung zwischen fahrenden Roma, Landbesitzenden und Behörden verzeichnete diesen Sommer eine positive Bilanz. Dank dem unermüdlichen Einsatz von Mediator Andreas Geringer und weiteren Mitgliedern des Verbandes Sinti und Roma Schweiz (VSRS) konnten zahlreiche Konflikte verhindert werden. Auch die Schlagzeilen blieben aus.**

Obwohl dieses Jahr über 1500 Wohnwagen fahrender Roma in der Schweiz unterwegs waren, blieben die medienrächtigen Geschichten über sogenannte «illegalen Besetzungen», Unrat und erboste Anwohnende mehrheitlich aus. Ein Grund dafür ist das Vermittlungsangebot des Verbandes Sinti und Roma Schweiz (VSRS), welches letztes Jahr zusammen mit der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) lanciert wurde. Andreas Geringer, der selbst zur Gemeinschaft der «Fahrenden» gehört, war auch dieses Jahr von März bis Oktober als Vermittler auf zahlreichen Plätzen in der ganzen Schweiz unterwegs.

**«Bei Ruhe berichten die Medien nicht»**

«Der Einsatz hat sich gelohnt», sagt Andreas Geringer. «Neben der klassischen Vermittlung bei Konflikten hat unser Verein stark in die Präventionsarbeit investiert. Dies hat sich dieses Jahr ausgezahlt». Neben der Unterstützung fahrender Roma im Umgang mit den Behörden und Polizei, führt der Verband Sinti und Roma Schweiz Weiterbildungen für kantonale Polizeistellen durch und berät Gemeinden bei der Bereitstellung von provisorischen Durchgangsplätzen. «Wenn es ruhig ist, berichten die Medien natürlich nicht», sagt Andreas Geringer. «Dabei wäre es wichtig, der Öffentlichkeit zu zeigen, dass das friedliche, unaufgeregte Zusammenleben zwischen fahrenden Minderheiten und der sesshaften Bevölkerung in der Schweiz Normalität ist». Dank der guten Resonanz ist die Finanzierung des Vermittlungsangebotes für nächstes Jahr mehrheitlich sichergestellt.

Text: **Angela Mattli** GfbV-Kampagnenleiterin Minderheiten und Diskriminierung

## «Wirtschaft ist nicht wichtiger als Menschenrechte»



FOTO: zvg

Die Zürcher Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP) unterstützt die Kampagne der GfbV und Tibet-Organisationen für die Rechte von Tibeterinnen und Tibetern in der Schweiz. Als Mitglied der parlamentarischen Gruppe Tibet unterstrich sie die Übergabe der Petition mit einer pointierten Rede. Im Interview erklärt sie, warum Menschenrechte und Wirtschaft gleich wichtig sind.

### Frau Quadranti, als Nationalrätin engagieren Sie sich in der parlamentarischen Gruppe Tibet. Warum?

Ich engagiere mich dort, wo ich eine Möglichkeit sehe, gegen Ungerechtigkeiten vorzugehen. Beim Thema Tibet sind die Ungerechtigkeiten offensichtlich und die Beziehungen zur Schweiz gross. Hierzulande kennt fast jeder eine Tibeterin oder einen Tibeter.

### Gab es in Ihrem Leben einen Auslöser für dieses Engagement zu Tibet?

Ich bin mit fünf Geschwistern in einem Elternhaus aufgewachsen, wo politische Diskussionen dazugehörten. Auch Tibet war immer wieder ein Thema. Ich pflege auch persönliche Beziehungen – mit einer tibetischen Kollegin habe ich im Turnverein Sport gemacht, ein Physiotherapeut ist Tibeter. Später kam dann mein Amt als Stiftungsratspräsidentin des Kinderdorfes Pestalozzi dazu, das ab 1960 tibetische Flüchtlingskinder aufnahm.

### Warum unterstützen Sie die Kampagne «Rechte für Tibeterinnen und Tibeter – auch in der Schweiz»?

Ich habe dem Freihandelsabkommen mit China zugestimmt, weil ich es auch als Möglichkeit sah, mit China über Menschenrechte zu diskutieren. Als eines von wenigen Ländern führt die Schweiz mit China einen Menschenrechts-Dialog – nun müssen wir diese Chance aber auch packen. Es darf nicht sein, dass Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz das Gefühl haben, stärker überwacht zu werden. Oder dass Bundesrat Schneider-Ammann nach China geht, obwohl ein Journalist von Le Temps nicht einreisen darf. Hier muss die Schweiz viel klarer auftreten und die Beziehungen zu China stärker an Bedingungen knüpfen.

### Könnte denn die Schweiz mehr aus dem Menschenrechts-Dialog mit China herausholen?

Unbedingt. Ich meine verstanden zu haben, dass man mit China nicht in der Öffentlichkeit streiten soll, sondern hinter den Kulissen. Man darf aber sehr wohl von der Vehemenz berichten, mit der man im Verhandlungszimmer gestritten hat. Davon höre ich eindeutig zu wenig. Mein Eindruck ist, dass man die wirtschaftlichen Interessen höher gewichtet als die Menschenrechte.

### Besteht generell die Gefahr, dass die Schweiz die Menschenrechte aus den Augen verliert?

Ja, eindeutig. Wäre die Schweiz klar den Menschenrechten verpflichtet, so wäre niemand auf die Idee gekommen, die Bestimmungen für die Rüstungsmaterialausfuhr in Bürgerkriegsländer aufzuweichen. Es muss wieder viel stärker sichtbar, hörbar und spürbar werden, dass die Menschenrechte zu den zentralen Werten dieses Landes und zu unserer humanitären Tradition gehören.

### Ist die von der GfbV mitgetragene Konzernverantwortungs-Initiative ein nützliches Instrument, um Wirtschaft und Menschenrechte in Einklang zu bringen?

Die Initiative ist zum Teil zu radikal und schwierig umsetzbar. Aber sie zielt inhaltlich natürlich auf die wunden Punkte. Hier sehe ich die Chance in einem klugen Gegenvorschlag, der auch bei der Bevölkerung mehrheitsfähig ist.

Interview: **Dominique Schärer** GfbV-Verantwortliche Kommunikation



### ROSMARIE QUADRANTI

Die Zürcher Nationalrätin Rosmarie Quadranti ist seit Mai 2015 Fraktionspräsidentin der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP). Sie ist Mitglied der parlamentarischen Gruppe Tibet und unterstützt die Kampagne «Rechte für Tibeterinnen und Tibeter – auch in der Schweiz!» von GfbV und Tibet-Organisationen.

Rosmarie Quadranti engagiert sich unter anderem zur Vereinbarkeit von Menschenrechten und Wirtschaft, zur Rolle des Militärs sowie zu sozialen Fragen. Sie ist Präsidentin des Verbandes kibesuisse – Kinderbetreuung Schweiz. Seit 2015 ist Rosmarie Quadranti Stiftungsratspräsidentin der Stiftung Kinderdorf Pestalozzi Trogen.